



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Gerd Mannes, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen** und **Fraktion (AfD)**

Unnötiger Bürokratie entgegenwirken I: Aufwändige Flächenvermessungen für Nebenerwerbslandwirte neu regeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Verfahren zur Flächenvermessung für Nebenerwerbslandwirte mit einer Fläche von bis zu 15 Hektar zu überprüfen und so zu gestalten, dass sie einfacher und unbürokratischer umgesetzt werden können.

Begründung:

Bislang besteht insbesondere bei Heckenpflanzungen, wie sie beispielsweise im Kulturlandschaftsprogramm bezuschusst werden, das Problem, dass die Bürokratie der Natur hinterherhinkt. Da Zuschüsse und Direktzahlungen aus der EU von einer genauen Flächenangabe abhängen, sich etwaige Heckenpflanzungen durch ihr Wachstum jedoch bisweilen verkleinernd auf eine bewirtschaftete Fläche auswirken können, besteht die Gefahr, dass geänderte naturräumliche Bedingungen von den gemachten Flächenangaben eines Landwirtes abweichen.

Insbesondere bei Mehrfachanträgen ist dies von großer Relevanz, da diese größere Zeiträume abdecken. Die Folge sind Rechtsunsicherheiten sowie aufwändige Flächenvermessungsverfahren, die mitunter kaum den bürokratischen Aufwand rechtfertigen. Da die zuständigen Landwirtschaftsämter ohnehin die Flächenangaben per Satellitenaufnahme routinemäßig überprüfen, könnte diese Aufgabe eventuell auch in Teilen oder vielleicht sogar vollständig den ansässigen Behörden übertragen werden.

Ebenso könnten weitere Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden, um Flächenvermessungen grundsätzlich zu vereinfachen und vor allem in Bezug auf mögliches Pflanzenwachstum zu flexibilisieren. Denn besonders bayerische Nebenerwerbslandwirte mit kleinen Flächen werden durch die derzeitige bürokratische Praxis unverhältnismäßig stark belastet, was oftmals dazu führt, dass Heckenpflanzungen oder andere Landschaftselemente gleich ganz entfernt werden. Dies ist weder im Sinne einer Landwirtschaftspolitik, welche die Hofnachfolge sichern will, noch im Sinne der Umwelt und sollte deshalb geändert werden.